

Germany-Kaufering: Architectural, engineering and planning services

OJ S 151/2019 07/08/2019

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Markt Kaufering
Postal address: Pfälzer Straße 1
Town: Kaufering
NUTS code: DE21E Landsberg am Lech
Postal code: 86916
Country: Germany
E-mail: vergabe@kaufering.de
Fax: +49 8191-664-5138
Internet address(es):
Main address: <http://www.kaufering.de/>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9PYVC8/documents>
Additional information can be obtained from the abovementioned address
Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9PYVC8>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Objektplanungsleistungen (Lph. 1 bis 9 – stufenweise) für die Generalsanierung des Gebäudeteils III der Mittelschule Kaufering
Reference number: Markt Kaufering 01/19

II.1.2. Main CPV code

71240000 Architectural, engineering and planning services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE21E Landsberg am Lech

II.2.4. Description of the procurement

Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung sind Objektplanungsleistungen nach den Leistungsphasen (Lph.) 1 bis 9 (im Sinne des § 3 HOAI):

Leistungsbild HOAI Vereinbart

Leistungsphase 1 Grundlagenermittlung 2 % 2 %

Leistungsphase 2 Vorplanung 7 % 7 %

Leistungsphase 3 Entwurfsplanung 15 % 15 %

Leistungsphase 4 Genehmigungsplanung 3 % 3 %

Leistungsphase 5 Ausführungsplanung 25 % 25 %

Leistungsphase 6 Vorbereitung der Vergabe 10 % 10 %

Leistungsphase 7 Mitwirkung bei der Vergabe 4 % 4 %

Leistungsphase 8 Objektüberwachung und Dokumentation 32 % 32 %

Leistungsphase 9 Objektbetreuung 2 % 2 %

Summe 100 % 100 %

Die Objektplanungsleistungen werden stufenweise beauftragt, soweit erwartete Fördermittel für die jeweilige Stufe bewilligt werden, soweit die Finanzierung gesichert ist und soweit keine schwerwiegenden Gründe gegen eine Weiterbeauftragung vorliegen. Hierbei handelt es sich um solche Gründe, die im Falle einer bereits erfolgten Beauftragung den Auftraggeber zu einer außerordentlichen Kündigung berechtigen würden.

Die Mittelschule Kaufering wurde in den Jahren 1971/72 als Stahlbetonbau mit vorgehängter Fassade errichtet.

Die Fenster wurden 2009 komplett erneuert und durch 2-fach verglaste Elemente ersetzt.

Die Lichtkuppeln der Aula wurden 2017 ersetzt und mit einem Durchsturzschutz ergänzt.

Ziele der Sanierung

Aufgrund des Alters des Gebäudes, der verbauten Materialien und der vorhandenen veralteten Technik besteht zwingend umfassender Sanierungsbedarf. Zwischenzeitlich wurden im Bereich der Decken erhebliche Schadstoffbelastungen in der Dämmung nachgewiesen.

Die Heizung funktioniert größtenteils nicht. Die veraltete Heizungstechnik kann aufgrund fehlender Ersatzteile nicht mehr instandgesetzt werden und läuft provisorisch im Handbetrieb.

Um die Durchführung der einzelnen Sanierungsmaßnahmen wirtschaftlich zu realisieren, wird anstatt einzelner Maßnahmen eine Generalsanierung des Gebäudeteils III forciert.

Hierbei erfordern der zu erwartende Bauablauf und die Anforderung des möglichst langen Erhalts des laufenden Schulbetriebs im Schulgebäude die Durchführung der Sanierung in 2 Bauabschnitten.

Für die Umsetzung der Generalsanierung sieht der Markt Kaufering die Vergabe folgender Planungsleistungen vor:

- Objektplanung LPH 1-9,
- HLS-Planung LPH 1-9,
- Elektroplanung LPH 1-9,

- Tragwerksplanung LPH 1-6,
- Brandschutzplanung LPH 1-9,
- Bauphysik LPH 1-9,
- SiGeKoordination während der Bauphase.

Die Planungsleistungen sind so zu erbringen, dass ein Gesamtkonzept für die Generalsanierung erarbeitet wird.

Die Abhängigkeiten verschiedener Einzelleistungen sind bereits in der Entwurfsplanung des 1. Bauabschnittes zu berücksichtigen. Als Beispiel gilt hier das Zusammenspiel zwischen Fassadenplanung und Lüftung.

Ein nachhaltiges, sinnvolles Haustechnikkonzept unter Berücksichtigung der Bedienerfreundlichkeit und des benötigten weiteren Wartungsaufwandes ist gefordert.

Verschiedene Fördermöglichkeiten sollen in der Entwurfsphase zusätzlich dargestellt werden, sodass eine möglichst umfassende Kenntnis der Fördermöglichkeiten bei den jeweiligen Planern erforderlich ist. Eine Förderung der Fassaden- und Dachsanierung in Höhe von 1,0 Mio Euro wurde bereits bewilligt (KIP-S).

Die Planungsleistungen sind aufgrund der oben beschriebenen Dringlichkeit und der bereits bewilligten Fördermittel umgehend zu erbringen. Um unnötige Zeitverluste wegen Einarbeitungsbedarf zu vermeiden, ist es beabsichtigt, die Planungsleistungen der Leistungsphasen 1-5 und der Leistungsphasen 6-9 gemeinsam zu vergeben.

1. Bauabschnitt: Außeninstandsetzung

Fassade

Die Fassade besteht aus teilweise asbesthaltigen Faserzementplatten. Die Platten sind auf einer Holzunterkonstruktion befestigt, welche direkt auf die Betonwände montiert ist.

Eine neue Fassade nach aktueller Energieeinsparverordnung soll angebracht werden.

Dach

Der Bauteil III besteht aus einem Flachdach (Aula) und 2 gering geneigten Pultdächern (Klassenzimmer). Der Dachaufbau d...

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 03/12/2019 End: 31/08/2023

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Objective criteria for choosing the limited number of candidates :

Zu der Angebots- und Verhandlungsphase werden mindestens 3 Bewerber zugelassen, die auf Basis der Vergabeunterlagen zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert werden (vgl. § 51 VgV).

Sofern die Zahl geeigneter Bewerber unter der Mindestzahl von 3 liegt, behält sich der Auftraggeber vor, das Vergabeverfahren fortzuführen, indem er den oder die Bewerber einlädt, die über die geforderte Eignung verfügen (§ 51 Abs. 3 Satz 2 VgV).

Gibt es mehr als 3 Bewerber, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und die einen formal ordnungsgemäßen und den Mindestbedingungen entsprechenden Teilnahmeantrag eingereicht haben, behält sich der Auftraggeber vor, mehr als 3 Bewerber zu der Angebots- und Verhandlungsphase zuzulassen.

Die Auswahl erfolgt anhand der anrechenbaren Brutto-Kosten (Objektplaner) der Referenzprojekte wie folgt:

Anrechenbare Brutto-Kosten (Objektplaner) Punkte

$\geq 5\,000\,000$ EUR 6 Punkte

$\geq 4\,000\,000$ EUR < $5\,000\,000$ EUR 4 Punkte

$\geq 3\,000\,000$ EUR < $4\,000\,000$ EUR 2 Punkte

< $3\,000\,000$ EUR 0 Punkte

Insgesamt können also für die fünf (5) Referenzprojekte bis zu Maximal 30 Punkte ($5 \times 6 = 30$) erzielt werden.

Die Bewerber (für sich als Einzelbewerber; jedes Mitglied der Bergewerkschaft und den eignungsverleihenden Unterauftragnehmer) haben das Formblatt „Referenzprojekte“ (Anlage TW6) für die insgesamt mindestens 2 bis maximal 5 Referenzprojekte auszufüllen und als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.

Je Referenz ist ein zusätzliches Projektblatt (maximal 1 einseitig bedruckte DIN-A4-Seite) mit Darstellung des Referenzprojektes gestattet. Sollten an anderer Stelle oder darüber hinaus Referenzprojekte benannt werden (z. B. auch in allgemeinen Bürobroschüren, Referenzlisten oder ähnliches), werden diese nicht berücksichtigt.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Die Objektplanungsleistungen werden stufenweise beauftragt, soweit erwartete Fördermittel für die jeweilige Stufe bewilligt werden, soweit die Finanzierung gesichert ist und soweit keine schwerwiegenden Gründe gegen eine Weiterbeauftragung vorliegen. Hierbei handelt es sich um solche Gründe, die im Falle einer bereits erfolgten Beauftragung den Auftraggeber zu einer außerordentlichen Kündigung berechtigen würden.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Der Auftraggeber prüft die vorliegenden Teilnahmeanträge zunächst auf die Einhaltung der in diesen Vergabeunterlagen festgelegten formalen und inhaltlichen Anforderungen gemäß § 56 Abs. 1 VgV. Dabei überprüft er die Vollständigkeit und Richtigkeit des jeweiligen Teilnahmeantrags und wird diesen gegebenenfalls gemäß § 53, § 57 Abs. 1 und 3 VgV ausschließen. Der Teilnahmeantrag muss vollständig sein und alle geforderten Unterschriften, Angaben und Erklärungen enthalten.

Im Rahmen der formalen Prüfung werden gemäß § 57 VgV Teilnahmeanträge ausgeschlossen, die nicht den Erfordernissen des 53 VgV genügen, insbesondere:

- Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 3, Abs. 1 Nr. 1 VgV),
- Teilnahmeanträge, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten (§ 57 Abs. 3, Abs. 1 Nr. 2 VgV),
- Teilnahmeanträge, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind (§ 57 Abs. 3, Abs. 1 Nr. 3 VgV),
- Teilnahmeanträge, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind (§ 57 Abs. 3, Abs. 1 Nr. 4 VgV).

Ferner werden Teilnahmeanträge ausgeschlossen,

- die nicht in deutscher Sprache verfasst sind.

Der Auftraggeber kann die Bewerber unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren.

Die Unterlagen sind vom Bewerber nach Aufforderung durch den Auftraggeber innerhalb einer festzulegenden angemessenen Frist vorzulegen.

Ein Anspruch der Bewerber auf eine Nachforderung von Unterlagen besteht nicht.

Teilnahmeanträge, die nicht die geforderten bzw. bei Ausübung der vorgenannten Möglichkeit nicht die nachgeforderten Unterlagen enthalten, werden ausgeschlossen.

Zwingende Ausschlussgründe des § 123 Abs. 1-3 GWB

Eigenerklärung (gem. § 123 Abs. 1-3 GWB), dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt, oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist, jeweils wegen einer Straftat nach dem Katalog des § 123 GWB.

1.5.3. Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung

Eigenerklärung, dass der Bewerber seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen ist (§ 123 Abs. 4 GWB).

Fakultative Ausschlussgründe des § 124 GWB

Eigenerklärung (gemäß § 124 GWB), dass

- weder das Unternehmen des Bewerbers noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen des Bewerbers nicht zahlungsunfähig ist/sind, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, und sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- weder das Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- weder das Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, eine Vereinbarung mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- das Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitig

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Nachweis (Versicherungsbestätigung oder -schein) über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung des Bewerbers

- a) mit einer Deckungssumme von mindestens 1 500 000 EUR für Personenschäden und einer Deckungssumme von mindestens 1 000 000 EUR für sonstige Schäden;
- b) wobei die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Kalenderjahr betragen muss, bei einem in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens.

Im Falle von geringeren Versicherungssummen oder geringerer Maximierung der Ersatzleistung als vorstehend unter a.-b. genannt, ist eine Bestätigung des Versicherungsunternehmens (in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen) einzureichen, aus der hervorgeht, dass im Auftragsfall die Versicherung an vorstehenden Anforderungen unter a)-b) angepasst werden wird.

Die Mindestanforderungen an die Versicherung müssen während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten werden.

Bei Bewerbungsgemeinschaften sind ein entsprechender Nachweis oder eine entsprechende Versicherungsbestätigung des Versicherungsunternehmens von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen.

Die vorstehenden Anforderungen unter a.-b. sind Mindestanforderungen an die Berufshaftpflichtversicherung.

Die Bewerber haben daher das Formblatt „Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung“ (Anlage TW4) auszufüllen und als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Nachweis (Versicherungsbestätigung oder -schein) über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung des Bewerbers

- a) mit einer Deckungssumme von mindestens 1 500 000 EUR für Personenschäden und einer Deckungssumme von mindestens 1 000 000 EUR für sonstige Schäden;
- b) wobei die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Kalenderjahr betragen muss, bei einem in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens.

Im Falle von geringeren Versicherungssummen oder geringerer Maximierung der Ersatzleistung als vorstehend unter a.-b. genannt, ist eine Bestätigung des Versicherungsunternehmens (in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen) einzureichen, aus der hervorgeht, dass im Auftragsfall die Versicherung an vorstehenden Anforderungen unter a)-b) angepasst werden wird.

Die vorstehenden Anforderungen unter a.-b. sind Mindestanforderungen an die Berufshaftpflichtversicherung.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Technische Fachkräfte

Eigenerklärung, aus der das jährliche Mittel (Zahl) der Beschäftigten (angestellte Mitarbeiter) und der Führungskräfte (Inhaber, geschäftsführende Gesellschafter, Geschäftsführer, Vorstände) des Bewerbers jeweils in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2015-2017) ersichtlich sind.

Für alle Bewerber gilt, dass nur solche Beschäftigte (w/m) und Führungskräfte (w/m) anzugeben sind, die über ein Diplom, Master oder sonstigen Befähigungsnachweis als Architekt oder Bauingenieur oder zum staatlich geprüften Bautechniker verfügen. Mindestanforderung ist ein jährliches Mittel von mindestens 2 Beschäftigten/Führungskräften (zusammengerechnet) in jedem der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2015-2017), die jeweils über ein Diplom, Master oder sonstigen Befähigungsnachweis als Architekt, Ingenieur oder staatlich geprüfter Bautechniker verfügen.

Bei Bewerbergemeinschaften sind je abgeschlossenem Geschäftsjahr (2015-2017) die jeweiligen jährlichen Mittel der Beschäftigten der Bewerbergemeinschafts-Mitglieder zu addieren; entsprechendes gilt für die jeweiligen jährlichen Mittel der Führungskräfte. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Summe maßgeblich für die Einhaltung der vorgenannten Mindestanforderung.

Die Bewerber haben daher das Formblatt „Technische Fachkräfte“ (Anlage TW5) auszufüllen und als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.

Referenzprojekte

Geeignete, mindestens 2 bis maximal 5 Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge (Objektplanungsleistungen Lph. 1 bis Lph. 9) in Form einer Liste der in den letzten höchstens 3 Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen mit Angabe des — Werts,

— Erbringungszeitpunkts sowie
— öffentlichen oder privaten Empfängers,

Sowie der

— Name des Referenznehmers,
— Projektbezeichnung und
— Rolle des Referenznehmers in dem Referenzprojekt,

Und

— Beschreibung des Projekts hinsichtlich der Bauaufgabe, Baukosten, Größe (Angabe von BGF und NUF) und Bauzeit, Höhe der Fördermittel in EUR und Prozent der förderfähigen Kosten sowie der dabei erbrachten Leistungen.

Mindestanforderung:

Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird darauf hingewiesen, dass auch einschlägige Dienstleistungen berücksichtigt werden, die mehr als 3 Jahre zurückliegen (vgl. § 46 Abs. 3 Nr. 1 Hs.2 VgV).

Die Referenzprojekte sind allerdings – was die Prüfung des Erbringungszeitpunkts anbelangt – nur dann geeignet, wenn mit der Leistungsphase 1 nicht vor dem 1.1.2013 begonnen worden ist und die Leistungsphase 8 spätestens zum Ablauf der Teilnahmefrist abgeschlossen worden ist.

Bei Bewerbergemeinschaften muss klar erkennbar sein, welches Referenzprojekt welchem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zuzuordnen ist. Die Mindestanforderungen erfüllenden Referenzprojekte der Mitglieder werden der Bewerbergemeinschaft zugerechnet.

Die Bewerber (für sich als Einzelbewerber; jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft und den eignungsverleihenden Unterauftragnehmer) haben das Formblatt „Referenzprojekte“ (Anlage TW6) für die insgesamt mindestens 2 bis maximal 5 Referenzprojekte auszufüllen und als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.

Je Referenz ist ein zusätzliches Projektblatt (maximal 1 einseitig bedruckte DIN-A4-Seite) mit Darstellung des Referenzprojektes gestattet. Sollten an anderer Stelle oder darüber hinaus Referenzprojekte benannt werden (z. B. auch in allgemeinen Bürobroschüren, Referenzlisten oder ähnliches), werden diese nicht berücksichtigt.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Mindestanforderung an die technischen Fachkräfte:

Beschäftigten/Führungskräften (zusammengerechnet) in jedem der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2015-2017), die jeweils über ein Diplom, Master oder sonstigen Befähigungsnachweis als Architekt, Ingenieur oder staatlich geprüfter Bautechniker verfügen. Bei Bewerbergemeinschaften sind je abgeschlossenem Geschäftsjahr (2015-2017) die jeweiligen jährlichen Mittel der Beschäftigten der Bewerbergemeinschafts-Mitglieder zu addieren; entsprechendes gilt für die jeweiligen jährlichen Mittel der Führungskräfte. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Summe maßgeblich für die Einhaltung der vorgenannten Mindestanforderung.

Mindestanforderung an die Referenzprojekte:

Geeignete, mindestens 2 bis maximal 5 Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge (Objektplanungsleistungen Lph. 1 bis Lph. 9) in Form einer Liste der in den letzten höchstens 3 Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen mit Angabe des

— Werts,

— Erbringungszeitpunkts sowie

— öffentlichen oder privaten Empfängers,

Sowie der

— Name des Referenznehmers,

— Projektbezeichnung und

— Rolle des Referenznehmers in dem Referenzprojekt,

Und

— Beschreibung des Projekts hinsichtlich der Bauaufgabe, Baukosten, Größe (Angabe von BGF und NUF) und Bauzeit, Höhe der Fördermittel in EUR und Prozent der förderfähigen Kosten sowie der dabei erbrachten Leistungen.

Mindestanforderung:

Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird darauf hingewiesen, dass auch einschlägige Dienstleistungen berücksichtigt werden, die mehr als 3 Jahre zurückliegen (vgl. § 46 Abs. 3 Nr. 1 Hs.2 VgV).

Die Referenzprojekte sind allerdings – was die Prüfung des Erbringungszeitpunkts anbelangt – nur dann geeignet, wenn mit der Leistungsphase 1 nicht vor dem 1.1.2013 begonnen worden ist und die Leistungsphase 8 spätestens zum Ablauf der Teilnahmefrist abgeschlossen worden ist.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Eigenerklärung, dass der Bewerber unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen im Sinne des § 73 Abs. 3 VgV handeln wird.

Die Bewerber haben das Formblatt „Unabhängigkeitserklärung“ (Anlage TW7) auszufüllen und als Bestandteil des Teilhmeantrags einzureichen.

Der Bieter/die Bietergemeinschaft sichert zu, im Falle der Auftragserteilung, während der Projektlaufzeit einen projektverantwortlichen Projektleiter und einen stellvertretenden Projektleiter einzusetzen, die zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Abgabe der Erstangebote über mindestens 10 Jahre (Projektleiter) bzw. mindestens 5 Jahre (stellvertretender Projektleiter) jeweils über Leitungserfahrung von Projekten vergleichbarer Größenordnung verfügen und dabei für die Personaleinsatzplanung im Projekt und die Einhaltung der Projektbudgets verantwortlich waren.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, spätestens unverzüglich nach Erteilung des Zuschlags, die datenschutzrechtlichen Vorschriften einzuhalten und die

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 03/09/2019 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 20/12/2019

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y9PYVC8

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Regierung von Oberbayern – Vergabekammer Südbayern

Postal address: Maximilianstraße 39

Town: München

Postal code: 80538

Country: Germany

E-mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telephone: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst 10 Kalendertage nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über das E-Vergabe-Portal) der Information nach 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

VI.5. Date of dispatch of this notice

02/08/2019